

Aufruf zum anästhesiologischen Aktionstag am 11.11.2006 in Frankfurt am Main

Der Berufsverband Deutscher Anästhesisten (BDA) ruft alle Anästhesistinnen und Anästhesisten zur Teilnahme am bundesweiten Aktionstag gegen die geplante Gesundheitsreform am Samstag, 11.11.06, 13.30 Uhr, in Frankfurt am Main auf.

Veranstaltungsort: Haus Sindlingen
Sindlinger Bahnstrasse 124
65931 Frankfurt am Main

Termin: 11.11.2006, 13.30 Uhr, Ende gegen 17.00 Uhr

Setzen wir ein deutliches Signal

- gegen die weitere Rationierung ärztlicher und medizinischer Leistungen
- gegen die weitere Bürokratisierung des ärztlichen Berufes
- gegen die inadäquate Honorierung einer hochverantwortlichen Tätigkeit.

Wehren wir uns gegen staatliche Gängelung, Kahlschlagpolitik und Zuteilungsmedizin!

Diskutieren und beschließen wir dort folgende Resolution:

„ Frankfurter Erklärung 2006:

Die sogenannte Gesundheitsreform führt zu einer staatlich gelenkten Medizin mit der Gefahr einer weiteren Verknappung der humanen und apparativen Ressourcen im ambulanten und stationären Bereich. Der Wegfall der freien Arztwahl und lange Wartezeiten für die Patientinnen und Patienten sind die Folge.

Die anhaltende Budgetierung der ärztlichen Honorare auf prekärem Niveau wird die fachärztliche Versorgung durch niedergelassene Anästhesisten und damit das ambulante Operieren in freier Praxis, aber auch die stationäre Versorgung massiv gefährden.

Trotz der nachgewiesenen enormen Einsparmöglichkeiten durch das ambulante Operieren werden Tageskliniken zerschlagen und in die Insolvenz getrieben. Eine leistungsfähige, humane und wirtschaftlich sinnvolle ambulante Patientenversorgung bleibt auf der Strecke. Der betreuungsaufwändigen, fachübergreifenden Versorgung von Schmerzpatienten droht – trotz aller Beteuerungen der Politik - das Aus.

Immer mehr gut und kostspielig ausgebildete Ärzte verlassen Deutschland. Unsere Patienten zahlen dafür die Zeche.

Ein dem demographischen Wandel und medizinischen Fortschritt angepasstes Gesundheitssystem erfordert die entsprechenden finanziellen Mittel und deren verantwortungsvollen Einsatz. Die Politik darf sich dieser Erkenntnis nicht verschließen und muss endlich im Interesse der Patienten und Leistungserbringer handeln.

Wir fordern:

- ▶ den Erhalt einer patientengerechten, wohnortnahen und wirtschaftlichen Versorgung unserer Patienten
- ▶ eine unserer Leistung, der Qualität und der technischen Ausstattung unserer Praxen und OP-Zentren entsprechende sachgerechte und transparente, vorkalkulierbare Vergütung in Euro
- ▶ ein Ende der Budgetierung im ambulanten und stationären Bereich
- ▶ Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben des Sicherstellungsauftrages durch angemessene Vergütung (§ 72 SGB V)
- ▶ die Umsetzung des Grundsatzes „soviel ambulant wie möglich, soviel stationär wie nötig“
- ▶ den Erhalt zeitgemäßer schmerzausschaltender Behandlungsmethoden bei unseren kleinen sowie erwachsenen Patienten
- ▶ effiziente, entbürokratisierte Strukturen der Verwaltung und Selbstverwaltung im Gesundheitswesen.
- ▶ Erhalt der privaten Krankenversicherungen.

Wir schließen uns solidarisch den Aktionen unserer Partner an.

Ein Systemausstieg mit entsprechenden Alternativen muss bundesweit diskutiert und entschieden werden.

Es geht der Ärzteschaft nicht um Pfründe und Privilegien, sondern um den Erhalt und Ausbau von Rahmenbedingungen, die eine humane, zeitgemäße und leistungsfähige Patientenversorgung erlauben!“

Programm:

Begrüßung: *Landauer* (Präsident BDA)

Einleitung: *Mertens* (Vertreter der niedergelassenen Anästhesisten im BDA)

Referate: *Bahr* (MdB, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP)
„Verpasste Chancen der großen Koalition in der Gesundheitspolitik“

Montgomery (Vorsitzender Marburger Bund)
„Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die Ärzte in Klinik und Praxis“

Gebauer (Rechtsanwalt)
„Lenin und der Kassenarzt“

Schlusswort: NN